

RS OGH 1996/7/10 3Ob2191/96v, 4Ob33/02k

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 10.07.1996

Norm

AußStrG §122

Rechtssatz

Verfügte der Erblasser in einer mündlichen letztwilligen Anordnung über den Großteil des Nachlaßvermögens, ohne eine Erbeinsetzung auszusprechen, ist die von einem Erbensprecher darauf gestützte bedingte Erbserklärung zum gesamten Nachlaß vom Gericht anzunehmen, wenn nur durch Auslegung ermittelt werden kann, ob der Erblasser nach seinem wahren Willen eine Erbeinsetzung oder bloß die Zuwendung eines Legats wollte.

Entscheidungstexte

- 3 Ob 2191/96v

Entscheidungstext OGH 10.07.1996 3 Ob 2191/96v

Veröff: SZ 69/161

- 4 Ob 33/02k

Entscheidungstext OGH 12.02.2002 4 Ob 33/02k

Vgl auch; Beisatz: Gemäß §122 AußStrG hat das Gericht nämlich jede in der vorgeschriebenen Form ausgestellte Erbserklärung anzunehmen. Eine Prüfung der materiellen Berechtigung findet grundsätzlich nicht statt. (T1);

Veröff: SZ 2002/20

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1996:RS0105493

Dokumentnummer

JJR_19960710_OGH0002_0030OB02191_96V0000_001

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>